Nr. 341

Erscheint täglich früh 1 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel-Nummern 10 Pfge.

Auflage 30000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Fr. Goedsche in Dresden.

Mittwoch, 6. December.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 8 Uhr, 5 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncenaufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. Acht Silben kosten 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXI. Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, 1876.

Politisches.

Hohe Befriedigung über Bismarck's Nachtisch-Aeußerungen am Freitag athmen die österreichischen und englischen Blätter. Man lese unter „Tagesgeschichte" den enthusiastischen Gefühlsausbruch der „Times" nach, man blättere in den Wiener Zeitungen, und man wird den Eindruck gewinnen, als glaube man an der Themse und Donau: Bismarck habe nichts Eiligeres zu thun, als gegen die Russen mobil zu machen. Gemach, Ihr Herren, so weit sind wir noch nicht.*) Begreiflich aber ist der Freudentaumel in Oesterreich und England. Ueberall besorgte man, daß Bismarck zu tief in das Netz der russischen Freundschaft verstrickt sei, als daß er den freien Blick über die Gefahren verloren hätte, die Europa aus einem Siege des Moskowiterthums drohen. Nun man erkannte, daß er sich Freiheit des Handelns gewahrt habe, thut Europa einen tiefen Athemzug nach überstandener Sorge. Eine russenfeindliche Politik aber aus den Bismarck'schen Reden herauszulesen, halten wir für gewagt. Will Rußland den Waffengang mit der Türkei unternehmen, so wird ihm Bismarck nicht in den erhobenen Arm fallen. Das ist Alles und, fügen wir hinzu, es ist auch genug. Wenn Rußland nicht einen schnellen Siegeslauf verfolgt, nicht glänzende Resultate aufweist, so ist es mit dem Uebergewicht des russischen Einflusses auf lange vorbei. Wäre jedoch der Bohomaz, jenes Muttergottesbild, das der russische General Nikolai vor seinem Abgange zur Südarmee erhielt, wunderkräftig, so ist es Pflicht Deutschlands, sich zu erinnern, was ein Sieg des Panslavismus für Gefahren für uns und Oesterreich bedeutet. In Cisleithanien giebt es bekanntlich mehr Slaven als Deutsche; Deutschland aber ist an seiner Ostgrenze mit slavischen Völkerschaften durchsetzt. Die beiden preußischen Provinzen Posen und Schlesien weisen zahlreiche slavische Bewohner auf, von den Slaven in Pommern, in Brandenburg und im Königreich Sachsen ganz zu geschweigen. Alle diese Völkerstämme sympathisiren mit Rußland, dem Horte des Panslavismus.

Der kranke Mann selbst, die Türkei, behauptet, gar nicht krank zu sein und durchaus nicht der Aerzte zu bedürfen, die sich zu einer Conferenz zusammenfinden wollen. Der russische Doctor möchte freilich den Patienten lieber gleich todtschlagen, um ihn flott beerben zu können. So weit der Muezzim von den Moscheen die Gläubigen zum Gebete ruft, geht durch die Welt des Islam ein Zug hoher Begeisterung. Religiöser Fanatismus gegen religiösen Fanatismus! Allah gegen den Christengott! Die Fahne des Propheten gegen Bohomaz, das Muttergottesbild! So wird die Vorsehung von zwei Seiten mit Gebeten um Sieg bestürmt. Gott ist, nach einem Ausspruche Napoleon's, immer mit den starken Bataillonen. Weder Gebete, noch Bahomaze, noch Prophetenbärte wenden das Schicksal der Schlachten. Militairische Tüchtigkeit, Schlagfertigkeit, Ausrüstung und Verpflegung der Truppen sind mächtigere Factoren, als Reliquien und Wunderschreine.

Von ungemeiner Bitterkeit sind die Gemüther der österreichischen Abgeordneten gegen die ungarischen Minister erfüllt. Noch ist die Frage der Bankregulirung nicht erledigt. Der ungarische Ministerpräsident Tisza äußerte sich vor seinem Parlamente über die österreichischen Minister in Ausdrücken, die in Wien verletzen mußten. Er wählte geradezu kränkende Worte und beschuldigte sie indirect des Wortbruches, der Hinterlist und Lüge, blos deshalb, weil sie die westliche Reichshälfte vor gröblichen Mehrbelastungen zu Gunsten der Ungarn abhalten wollen. Herr Tisza stellte sich förmlich beleidigt. Die zahmen österreichischen Minister haben sich weder von dem Verbrechen, noch von der Beleidigung etwas träumen lassen, aber die Ungarn behaupten es nun einmal, und wenn sie den Ungarn darin widersprechen, so ist das eine neue Beleidigung. Augenblicklich weilen die österreichischen Minister in Pest, um einen Ausgleich zu finden. Diesmal scheint jedoch der Wiener Reichsrath festzustehen. Selbst wenn die österreichischen Minister die Schwachheit begingen, den Forderungen der Ungarn nachzugeben, würde der Reichsrath sich den Boden unter den Füßen wegziehen, wenn er bei den Deutschen und den Slaven die Steuerschraube aufs Empfindlichste anzöge, blos damit die übermüthigen Magyaren die „dummen Schwoben" auslachen können.

Der deutsche Reichstag hat nunmehr die zweite Lesung der Justizgesetze beendet. Dank den ausgezeichneten Berichten der beiden Referenten Miquèl und Excellenz Dr. v. Schwarze — Pardon! noch nicht Excellenz, vor der Hand nur Dresdner Stadtverordneter im „Jordaneum!" — ist der Reichstag im Wesentlichen bei den Beschlüssen der Commission stehen geblieben. Bis zur dritten Lesung wird nun das Geschäft des Feilschens beginnen. Der Bundesrath betrachtet die Beschlüsse der zweiten Lesung als Vorschläge, von denen er nach Kräften abhandeln wird. Große Hoffnungen auf Charakterfestigkeit der Handelsleute im Reichstage haben wir nicht; wir befürchten, sie schlagen die Waare los, um zu räumen. Die Pause zwischen den beiden Lesungen der Justizgesetze wird durch interessante politische Debatten ausgefüllt. Ueber die russische Zollfrage berichtet unser Telegramm. Bismarck aber, der so lange Zugeknöpfte, wollte bekanntlich erst bei der dritten Lesung des Reichshaushalts das Wort über den Orient ergreifen. Er hatte es aber so eilig, daß er schon bei einem Diner die ersten seiner Batterien demaskirte. Die Operngucker Europas sind daher mit Recht auf die Leipziger Straße in Berlin gerichtet.

Für heute interessirt uns eine andere Frage, die in Berlin spielt. Die dortigen Stadtverordneten haben Beschlüsse über das höhere Schulwesen gefaßt, die in allen gebildeten Kreisen Berlins tiefschmerzlich berühren. Zwar haben es die Berliner Stadtverordneten noch für diesmal abgelehnt, die Beiträge zur Beschaffung von Lehrmitteln von 1200 auf 600 Mark herabzusetzen, sie haben aber die Mittel zum Drucke wissenschaftlicher Oster-Programme verweigert, die Zahl der Unterrichtsstunden ungebührlich ausgedehnt und überdies am Budget der höheren städtischen Schulen herumgenörgelt. Warum wir hier darauf besonders eingehen? Weil Berlin leider Gottes das Muster für alle preußischen Städte ist! Läßt Berlin sein höheres Schulwesen verkümmern, so ahmen die anderen preußischen Städte das nur zu leicht nach (auch außer Preußen macht sich ja dieser Nachahmungstrieb leider sehr oft fühlbar) und ein Rückgang der Bildung in einem großen Theile Deutschlands ist unvermeidlich. Diese Thatsache stimmt zwar nicht ganz zu dem Titel „Metropole der Intelligenz", mit dem sich gern die Spreestadt gleißend schmückt, aber wir beklagen sie aus noch einem anderen Grunde. Wird Berlin durch die Steuerlast so arm, daß sein Schulwesen kränkelt, so wird der Andrang preußischer Lehrer nach Sachsen und anderen Culturstätten immer heftiger. Schon jetzt klagen unsere Dresdner Lehrer mit Recht, daß auf dem Rathhause das Bestreben obwaltet, die Race der sächsischen Lehrer mit Berliner Blut zu kreuzen. Wir erheben nicht die Ansprüche des Autochthonismus, aber die Mißgriffe bei der Berufung fremder Lehrkräfte häufen sich recht auffällig. Wenn man z. B. einen Mathematiker herholt, der alle 50 und etliche Beweise des pythagoräischen Lehrsatzes an der Schnurre los hat, aber nur dürftige pädagogische Eigenschaften besitzt, wenn man solche Fremde besser honorirt als ebenso tüchtige Einheimische, so muß das Unzufriedenheit erregen. Wie werden erst die Berliner Lehrer vor dem Dresdner Rathhause Queue bilden, wenn die Folgen des Rückschrittes des dasigen höheren Schulwesens deutlicher hervortreten?!

*) Die uns kurz vor Blattschluß zugehenden neuesten Erklärungen Bismarck's (s. Telegr.) stehen in solchem diametralen Gegensatze zu den Freitags-Aeußerungen, daß man in London und Wien geradezu verblüfft sein muß.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Berlin, 5. December, 4 Uhr. Im Reichstag stand heute als 1. Nummer auf der Tagesordnung die Interpellation des Abg. Richter: Was gedenkt der Herr Reichskanzler zum Schutze der deutschen Industrie gegenüber dem Ukas der russischen Regierung zu thun, wonach von Neujahr ab die Eingangszölle in Goldmünzen zu entrichten sind? Abg. Richter führte aus, daß durch diese Maßregel, welche einer sehr beträchtlichen Erhöhung der Zölle gleichkommt, der ohnehin überaus beschränkte Waarenaustausch mit Rußland noch mehr beeinträchtigt und die wirthschaftlichen Interessen Deutschlands schwer geschädigt werden. Der Reichskanzler Fürst Bismarck erklärte: die russische Zollpolitik sei vielleicht eine irrige, eine fremde Regierung jedoch außer Stande, darauf einzuwirken. Auf die politische Seite der Frage übergehend, bezeichnete Bismarck die Interpellation als im gegenwärtigen Augenblicke höchst unbequem, da sie seine bisherigen Friedensbemühungen schädige. Rußland verlange keineswegs von uns große Gefälligkeiten und gehe nicht auf Eroberungen aus. Rußland verlange nur eine Vermittelung auf der Conferenz behufs Besserung der Lage der Christen in der Türkei, wozu unser Kaiser und wohl auch die Nation gern die Hand biete. Falls die Conferenz resultatlos verlaufe, so sei ein Krieg wahrscheinlich. Dazu verlange Rußland Deutschlands Hilfe nicht. Niemand aber werde verlangen, daß Deutschland gegen den Krieg sein Veto einlege. So lange wir auf diesem Flecke stehen, werde es nie gelingen, in unsere hundertjährige Freundschaft mit Rußland einen Riß zu bringen. Das Dreikaiserbündniß bestehe in voller Kraft fort. Auch mit England habe Deutschland hundertjährige freundschaftliche Beziehungen. Die Aufgabe Deutschlands sei, zu vermitteln; das auf die Erhaltung des Friedens gerichtete Deutschland müsse gute Beziehungen zu den Mächten unterhalten und könne nur activ eingreifen, wenn einer seiner Freunde gefährdet wäre. Deutschlands wohlwollende Haltung zu allen Mächten werde hoffentlich auch zur Lokalisirung des Krieges beitragen. Bismarck glaubt, daß es zu einer Verständigung Rußlands und Englands kommen werde, da beide Mächte ohnehin nicht in der Lage sind, sich in ihren Interessen direct zu berühren. „Gelingt uns die Vermittelung der Lokalisirung des Krieges nicht, so besteht eine neue Lage, worüber man vielfach combiniren, ich aber heute nicht Auskunft geben kann." — Der Reichstag tritt in die Berathung dieser Antwort ein. Geh. Legationsrath von Philippsborn glaubt die Aussicht eröffnen zu können, daß den beregten Uebelständen, die infolge des Ukas eintreten, durch Einverständniß mit der russischen Regierung abgeholfen werde. Sollten die Unterhandlungen scheitern, so sei es gerathen, die Sache bis zur Beseitigung der jetzigen Krisis zu vertagen. Abg. Dr. Hänel verwahrt den Interpellanten gegen den Verdacht, der Regierung Verlegenheiten bereiten zu wollen, er habe nur Aufschluß über die Politik der Regierung gewünscht. Bismarck bedauert, diese Absicht nicht in der Interpellation wiedergefunden zu haben. Graf Bethusy wünscht ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler. Nachdem Abg. Windthorst und Bamberger gesprochen, schließt die Besprechung. Hierauf wird der Niederlassungsvertrag mit der Schweiz in der 1. und 2. Lesung genehmigt. Die elsaß-lothringischen Rechnungsübersichten und die Etatsüberschreitungen werden an die Budgetcommission überwiesen. (Forts. morgen.)

Wien, 5. December. Die schwebende Bankfrage ist noch nicht gelöst, ein Ausweg zur Lösung noch nicht gefunden. Die Nothwendigkeit einer solchen wird von beiden Seiten anerkannt. Die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Ministerien ist beschlossen. Von einer Ministerkrisis ist keine Rede und sind Gerüchte einer persönlichen Spannung zwischen den Mitgliedern beider Ministerien ebenfalls unbegründet. Die Discussion der Minister in Pest bewahrte rein sachlichen Charakter.

Madeira, 5. December. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist das englische Truppenschiff „St. Lawrence", das sich mit Militär in der Fahrt nach der Kapstadt befand, total gescheitert. Die an Bord befindlichen Truppen wurden gerettet, eine große Menge von Vorräthen aber ist verloren gegangen.

Locales und Sächsisches.

— Dem Local-Schlachtsteuer-Einnehmer Johann Georg Gansauge in Tanneberg ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen, der Cantor Gottlob Franz Baunack in Schönefeld bei Leipzig zum Bezirksschulinspector im Bezirke Oelsnitz ernannt und der Professor an der Academie der bildenden Künste und Mitglied des academischen Raths, Dr. Adrian Ludwig Richter, rücksichtlich der ersteren dieser seiner Dienststellungen unter Anerkennung seiner langjährigen, vorzüglichen Dienstleistungen mit Pension in den Ruhestand getreten. —

— Gegenüber der Frage, ob die sächsische Regierung auf die Beibehaltung eines eigenen Oberappellationsgerichts um den Preis verzichten wolle, wenn das oberste Reichsgericht nach Leipzig verlegt werde, erklärt jetzt das „Dr. J." amtlich, daß die hier einschlagenden Erwägungen noch nicht geschlossen sind. Erst müsse die Reichsjustizgesetzgebung geschlossen sein. Beide Fragen, sagt das amtliche Blatt mit allem Rechte, seien durchaus nicht connex. Die Interessen, die für einstweilige Beibehaltung des eigenen Oberappellationsgerichts geltend machen lassen, seien rein sächsische Interessen, während die Wahl Leipzigs als Sitz des Reichsgerichts „zwar ebenfalls für Sachsen besondere Bedeutung hat, an erster Stelle aber von dem Standpunkte des Interesses der Gesammtheit der Bundesstaaten und des Reiches beurtheilt werden muß." Wir entnehmen daraus die tröstliche Aussicht, daß unsere Regierung nicht auf ihr eigenes Oberappellationsgericht verzichten will. Denn wenn auch das oberste Reichsgericht nach Leipzig käme, wer kann es verhindern, daß es in wenigen Jahren wieder daraus verlegt wird? Dann hat Sachsen weder ein Oberappellations- noch das Reichsgericht in seinem Bereiche.

— Der Herr Justizminister Abeken traf am Montag Morgen von Berlin hier ein, verweilte einige Stunden auf dem Justizministerium, um daselbst die dringendsten Arbeiten zu erledigen und reiste noch an demselben Abend nach Berlin zurück. Wir hören, daß die Meinung unbegründet ist, daß Sachsen beantragen würde: falls Baiern seine Schwurgerichte für die Aburtheilung von Preßvergehen behielte, solle man Sachsen auch seine Schöffengerichte lassen. Es ist keine Möglichkeit vorhanden, die Schöffengerichte, die wir jetzt haben, in ihren Competenzen zu behalten.

— Einen für die Geschäftstreibenden äußerst unerwünschten Antrag stellt beim Reichstage der Abg. Advocat Krause aus Dresden als Referent über eine Anzahl Petitionen. Aus 18 Ortschaften war u. A. darum petirt worden, zum Schutze des ohnehin schon schwer darniederliegenden Geschäftsbetriebs dem Unwesen mit den Wanderlagern und Waarenauctionen gesetzlich entgegenzutreten. Referent Krause schlägt vor, die Petitionen einfach auf sich beruhen zu lassen. Das ist bequem, hilft aber den soliden Gewerbtreibenden sehr wenig. Im Gegensatz zu diesem Antrag wollen die Abgg. Ackermann und Günther beantragen, die Petitionen dem Reichskanzler zur Erwägung darüber zu übergeben, wie den Mißständen im Wege der Gesetzgebung zu begegnen sei.

— Ein bekanntes Agitationsmittel der regierungsfeindlichen Parteien ist es, die Gesammtzahl der sogen. Militärabsenten in jedem Jahre als einen Beweis dafür dem großen Haufen vorzuführen, wie faul es ums Vaterland stehe. Zu unserem Befremden hat nun auch der am vorigen Sonnabend in der Centralhalle zum Reichstagsabgeordneten für Altstadt-Dresden gegen 3 Stimmen proclamirte bekannte Drechsler Bebel aus Leipzig es nicht verschmäht, sich dieses Mittelchens zu bedienen und seinen gläubigen Zuhörern vordocirt, daß im vorigen Jahre nicht weniger als 135,000 junge Männer im kräftigsten Alter den verrotteten Zuständen Deutschlands den Rücken gekehrt und wohl nicht den kleinsten Theil mit dazu beigetragen hätten, daß ihr altes Vaterland bei der Weltausstellung in Amerika so gründlich geschlagen worden sei. Wir möchten nun wissen, ob Herr Bebel von der Wahrheit seiner Angabe in Betreff der 135,000 Militärabsenten wirklich so fest überzeugt ist, oder ob er wider besseres Wissen und Verständniß seinen Wählern in der Centralhalle einen solchen Bären aufgebunden hat? Für diejenigen unserer Leser, die es interessirt, sei der wahre Sachverhalt hiermit auseinandergesetzt. Die angegebene Ziffer der Militärabsenten mag richtig sein, sie beruht ja auf amtlich veröffentlichten statistischen Notizen, der weitaus größte Theil der alljährlich öffentlich ausgeschriebenen Militärpflichtigen besteht aber einmal aus in früheren Jahren schon mehrfach vergeblich öffentlich ausgerufenen Personen, dann aus denjenigen, deren Geburt in ihrer Geburtsstadt wohl gebucht ist, nicht aber ihr Tod, weil derselbe durch Wegzug der Eltern anderswo erfolgt und eingetragen, oder wohl auch gar nicht eingetragen ist. Bei der Sterblichkeit der Kinder in frühester Jugendzeit ist es erklärlich, daß der Procentsatz der nicht in ihrem Geburtsorte gestorbenen Knaben auch im Verhältniß kein ganz geringer sein wird. Die Freizügigkeit befördert mächtig die Uncontrolirbarkeit dieser Todesfälle in frühester Jugend. Alle jene Knaben werden aber in den Listen ihres Geburtsortes fortgeführt, kommen dann nach Ablauf von 20 Jahren in die Militär-Stammrolle und werden, falls sie nicht zur Stellung erscheinen, ausgeschrieben. Wer weiß heutzutage, namentlich in großen Städten, noch etwas von der Familie eines vor 20 Jahren im Orte wohnhaft gewesenen einfachen armen Bürgers und Arbeiters? Dadurch entsteht also die abnorm große Zahl der Militärabsenten in der Jetztzeit. Derjenigen aber, die sich aus Unlust am Militärdienst demselben durch heimliche Auswanderung wirklich entziehen, ist eine der Hauptsumme der Absenten überhaupt gegenüber eine verschwindend kleine. Ueber die wirklichen Zustände in Amerika, dem Haupt-Refugium aller Europamüden, ist man nachgerade in allen Schichten unserer Gesellschaft so aufgeklärt worden, daß man des Militärdienstes halber heutzutage nicht mehr dahin auswandert.

— Bei dem kaiserlichen Postamte in Blasewitz wird vom 4. d. M. ab das Publikum nicht mehr am Schalterfenster, sondern im Postdienstzimmer selbst abgefertigt, womit ein längst gefühltes Bedürfniß nach Herstellung eines vor Zugluft und Kälte vollständig geschützten Platzes für das verkehrende Publikum jene Abhülfe findet, die in den „Dresdner Nachr." mehrfach angeregt wurde. Hoffentlich läßt auch ein besseres Postgebäude nicht mehr zu lange auf sich warten.

— Der Andrang von Personen, welche im Besitze von den eingezogen werdenden Drittel- und Doppelthalern sind